Vertrag

Zwischen
der Firma GmbH

- Nachfolgend „**Verleiher**“ genannt -

und dem

Helmholtz Zentrum München
Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt (GmbH)
Ingolstädter Landstr. 1
85764 Neuherberg

vertreten durch die Geschäftsführer

- nachfolgend „**Entleiher**“ genannt -

- gemeinschaftlich nachfolgend auch „**Vertragspartner oder Parteien**“ genannt

werden folgende Vereinbarungen über den Verleih von Arbeitnehmern an den Entleiher durch den Verleiher geschlossen. Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten ebenfalls für zum Zeitpunkt des Inkrafttretens bereits bestehende Arbeitnehmerüberlassungsverträge.

§ 1 Geltungsbereich

(1) Dieser Rahmenvertrag ist Grundlage für alle Arbeitnehmerüberlassungsverträge zwischen dem Verleiher und dem Entleiher. Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten somit für alle Einzelverträge.

(2) Der Verleiher ist im Besitz einer unbefristeten Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung gemäß § 1 Artikel 1 Absatz 1 AÜG (diesem Vertrag beigelegt als **Anlage 1**). Der Verleiher verpflichtet sich dem Entleiher unaufgefordert den Wegfall und jede Änderung der Erlaubnis sowie bei Nichtverlängerung, Rücknahme oder Widerruf der Erlaubnis auch das voraussichtliche Ende der Abwicklung und die gesetzliche Abwicklungsfrist nach § 12 Abs. 2 AÜG dem Entleiher unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

(3) Der Verleiher ist derzeit tarifgebundenes Mitglied des Bundesarbeitgeberverbandes der Personaldienstleister e.V. (BAP) bzw. des Interessenverbandes deutscher Zeitarbeitsunternehmen e.V. (iGZ) und hat die Anwendung der tariflichen Regelungen des BAP bzw. seines Rechtsvorgängers – des BZA bzw. der tariflichen Regelungen des iGZ mit der DGB-Tarifgemeinschaft in der jeweils gültigen Fassung mit den Arbeitnehmern im Arbeitsvertrag vereinbart.

§ 2 Gegenstand des Vertrages

(1) Gegenstand dieses Rahmenvertrags ist die Gestellung von Zeitarbeitskräften (im Folgenden Arbeitnehmer) durch den Verleiher an den Entleiher auf der Grundlage des AÜG für eine maximale Überlassungsdauer (§ 1 Abs. 1b AÜG) von bis zu 18 Monaten. Die tatsächliche Überlassungsdauer ist abhängig vom konkreten Einzelfall, die Maximaldauer gemäß § 1 Abs. 1b AÜG ist jedoch in jedem Fall zwingend einzuhalten. Sofern ein Arbeitnehmer nach 18 Monaten noch einmal überlassen werden soll, hat zwischen den Einsätzen eine Dauer von drei Monaten und einem Tag zu liegen. Die Arbeitnehmer stehen in einem Arbeitsverhältnis zum Verleiher. Die Vertragsleistung des Verleihers besteht ausdrücklich nicht in der Erbringung der durch den überlassenen Arbeitnehmer auszuführenden Arbeitstätigkeit selbst. Der Arbeitnehmer ist weder Erfüllungs- noch Verrichtungsgehilfe des Verleihers.

(2) Der Entleiher wird durch diesen Rahmenvertrag nicht verpflichtet, Leistungen des Verleihers als solche oder ein bestimmtes Kontingent an Zeitarbeitsleistungen in Anspruch zu nehmen.

(3) Hat der Verleiher einen für die Tätigkeit geeigneten und ausreichend qualifizierten Arbeitnehmer ausgewählt und an den Entleiher überlassen, dann beschränkt sich die Überlassungspflicht auf diesen Arbeitnehmer (Konkretisierung).

(4) Durch die Überlassung der Arbeitnehmer wird zwischen dem Entleiher und den Arbeitnehmern ein Arbeitsverhältnis nicht begründet. Dem Entleiher obliegen lediglich die Erteilung der Arbeitsanweisungen, die Kontrolle der Ausführung sowie die Beachtung der Vorschriften des Arbeitsschutzrechtes.

(5) Die Arbeitnehmer werden vor Arbeitsaufnahme vom Entleiher in die für ihren Arbeitsbereich geltenden Unfallverhütungsvorschriften eingewiesen. Der Entleiher verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass die überlassenen Arbeitnehmer die auf seinem Betriebsgelände geltenden Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften sowie die betrieblichen Ordnungsvorschriften einhalten. Der Verleiher übernimmt die allgemeine Erstunterweisung der Arbeitnehmer.

(6) Der Entleiher kann die Arbeitnehmer im Rahmen der gesetzlich zulässigen Arbeitszeitgrenzen beschäftigen. Die regelmäßige Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit sowie die Lage der Arbeitszeit der Arbeitnehmer richten sich nach den im jeweiligen Einsatzbereich des Entleihers festgelegten Arbeitszeiten. Überstunden sind nur nach Anordnung der Führungskraft des Entleihers zu leisten und werden maximal mit den verpflichtenden tariflichen Zuschlägen aus dem Tarifvertrag des Verleihers vergütet und dem Verleiher nur die tatsächlichen Mehrkosten erstattet.

§ 3 Anwendbarkeit eines Branchenzuschlags / Höchstüberlassungsdauer

(1) Der Entleiher erteilt dem Verleiher folgende im Hinblick auf die Vergütung der an ihn überlassenen Arbeitnehmer und die Höchstüberlassungsdauer dieser Arbeitnehmer folgende Auskünfte:

- a) Dieser Rahmenvertrag hat Gültigkeit für folgenden Einsatzbetrieb des Entleihers: Helmholtz Zentrum München GmbH, Ingolstädter Landstraße 1, 85764 Neuherberg
- b) Der Einsatzbetrieb unterfällt folgender Branche: Wissenschaft und Forschung
- c) Im Einsatzbetrieb gilt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Bund (TVöD Bund sowie TV EntgO Bund) sowie die diesen ergänzenden, ändernden oder ersetzenden Tarifverträge

(2) Sofern sich die Angaben unter § 3 Abs. 1 a) bis c) ändern sollten, insbesondere im Falle einer Änderung (z.B. durch Lohnerhöhung, Versetzung des Leiharbeitnehmers in eine andere Abteilung o.Ä.) des genannten Vergleichsentgelts, wird der Entleiher den Verleiher hierüber unverzüglich in Kenntnis setzen.

§ 4 Einzelvertrag, Art der zu leistenden Tätigkeiten, Vergütung

(1) Die Art der zu leistenden Tätigkeiten, die konkrete Einsatzdauer und die konkret zu leistende Vergütung wird jeweils gesondert schriftlich – unter Bezugnahme auf diesen Vertrag – vereinbart.

(2) Der Entleiher teilt dem Verleiher jeweils die Anzahl und Qualifikation der benötigten Arbeitnehmer sowie den gewünschten Einsatzbeginn und die voraussichtliche Einsatzdauer mit. Der Verleiher teilt dem Entleiher daraufhin per E-Mail unter ausdrücklicher Bezugnahme auf diesen Rahmenvertrag mit, welche Arbeitnehmer (ausschließlich anonymisierte Profile) zu welchen Stundenverrechnungssätzen an den Entleiher überlassen werden können. Nach Offenlegung der persönlichen Daten und Einladung zum Auswahlgespräch wird sodann ein entsprechender schriftlicher Arbeitnehmerüberlassungsvertrag gemäß **Anlage 2** abgeschlossen. Dieser muss dem Entleiher spätestens am Vortag des 1. Tages der Überlassung per E-Mail zugegangen sein. Andernfalls ist ein Einsatz der Leiharbeitskraft nicht möglich.

§ 5 Laufzeit und Beendigung des Vertrages

(1) Der Vertrag tritt mit Unterzeichnung in Kraft und hat eine Laufzeit von 4 Jahren ab Unterzeichnung. Der Vertrag kann vom Entleiher mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf eines Kalendervierteljahres gekündigt werden.

(2) Einzelne Arbeitnehmerüberlassungsverträge sind innerhalb der ersten Einsatzwoche mit einer Frist von einem Werktag kündbar. Ab der zweiten Einsatzwoche ist hierfür ein Vorlauf von drei Werktagen (Abmeldung Tag 1, letzter Einsatz Tag 3) erforderlich und ab dem dritten Einsatzmonat 2 Wochen. Eine Kündigung durch den Entleiher ist nur wirksam, wenn sie gegenüber dem Verleiher ausgesprochen wurde. Eine dem Arbeitnehmer gegenüber ausgesprochene Kündigung ist unwirksam.

(3) Es bleibt den Parteien unbenommen, die Beendigung der Arbeitnehmerüberlassungsverträge auch mittels eines Aufhebungsvertrages durchzuführen.

(4) Eine vorzeitige Beendigung der einzelnen Arbeitnehmerüberlassungsverträge und/oder dieses Vertrags aus wichtigem Grund bleibt davon unberührt. Der Verleiher ist insbesondere dann zur außerordentlichen Kündigung berechtigt, wenn der Entleiher die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet, eine erhebliche Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse eintritt oder er mit mindestens acht Wochen in Zahlungsverzug gerät. Die Kündigung wegen Zahlungsverzugs ist jedoch nur dann möglich, wenn zuvor eine Mahnung mit der Einräumung einer mindestens einwöchigen Zahlungsfrist erfolgt ist.

§ 6 Vergütung

(1) Die vom Entleiher zu zahlende Vergütung wird nach geleisteten Stunden der entliehenen Arbeitnehmer berechnet. Die effektiv geleisteten Arbeitsstunden sind vom entliehenen Arbeitnehmer täglich zu dokumentieren und von einem Berechtigten des Entleihers zu kontrollieren und zu unterzeichnen. Diese Stundennachweise werden vom Verleiher wöchentlich, jeweils montags sowie am Anfang des Folgemonats abgerufen. Diese Zeiten sind die Grundlage für die Rechnungsstellung.

(2) Rechnungen werden vom Verleiher monatlich mit Angabe der Kostenstelle und Arbeitnehmer nach Abgabe der geführten Leistungsnachweise erstellt. Der Entleiher bezahlt die Rechnungsbeträge ohne Abzüge innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der prüfaren Rechnung.

(3) Die Vergütung der Leistungen der Arbeitnehmer erfolgt in Abhängigkeit der Arbeitsaufgabe zu in den Einzelverträgen vereinbarten Stundensätzen zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

(4) Equal Pay muss spätestens nach 9 Monaten erfolgen, wenn keine tarifliche Abweichung möglich ist. Zur Ermittlung des Equal Pay wird - falls erforderlich - dem Entleiher vom Verleiher ein entsprechender Fragebogen (Fragebogen Equal Pay) zur Verfügung gestellt.

(5) Der Entleiher verpflichtet sich, dem Verleiher jede Veränderung des Einsatzinhaltes unaufgefordert mitzuteilen. Verleiher und Entleiher werden den Stundenverrechnungssatz an etwaige nachträglich geänderte Einsatzinhalte angemessen anpassen, wenn der Arbeitnehmer höher qualifiziert eingesetzt wird und der Verleiher daher tarifvertraglich verpflichtet ist, den Arbeitnehmer in eine höhere Entgeltgruppe einzugruppieren.

(6) Wird ein Leiharbeiter vom Entleiher unmittelbar oder mittelbar nach der Überlassung von mindestens 9 Monaten übernommen, so wird kein Vermittlungshonorar fällig. Der Entleiher wird dem Verleiher eine Übernahme mitteilen, wobei hier die Kündigungsfristen des Mitarbeiters zu berücksichtigen sind. Abweichungen hiervon bedürfen einer gesonderten schriftlichen Vereinbarung.

§ 7 Zurückweisung, Austausch und Ausfall von Arbeitnehmern

(1) Legt ein Arbeitnehmer die Arbeit am ersten Arbeitstag nieder oder nimmt diese am zweiten Arbeitstag nicht wieder auf, erfolgt keine Berechnung. Ausgenommen hiervon sind geplante Eintageseinsätze.

(2) Stellt der Entleiher innerhalb des ersten Arbeitstages fest, dass der Arbeitnehmer die Anforderungen nicht erfüllt, so wird der Arbeitnehmer für den nächsten Arbeitstag nicht mehr gestellt und es erfolgt keine Berechnung für den ersten Tag. Voraussetzung hierfür ist die Anzeige durch den Entleiher gegenüber dem Verleiher am ersten Arbeitstag.

(3) Bei Ausfall eines Arbeitnehmers durch Krankheit, Urlaub oder Nichteignung stellt der Verleiher auf Anforderung des Entleihers unverzüglich geeigneten Ersatz.

§ 8 Besondere Pflichten des Verleihers

(1) Der Verleiher sorgt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen dafür, dass Arbeitnehmer Vorsorgeuntersuchungen unterzogen werden, wenn solche durch gesetzliche oder berufsgenossenschaftliche Bestimmungen vorgeschrieben sind.

(2) Der Verleiher verpflichtet sich bei der Auswahl der Arbeitnehmer die durch den Entleiher geforderte Eignung des Arbeitnehmers sicherzustellen. Die im Einzelfall benötigte Qualifikation, erforderliche Kenntnis und Fertigkeiten sowie der Einsatzbereich wird im Auftrag mitgeteilt.

(3) Überlässt der Verleiher Arbeitnehmer, die für ihre Tätigkeit eine Arbeitsgenehmigung benötigen, so ist er verpflichtet, die erforderlichen Genehmigungen jeweils vorzulegen. Darüber hinaus weist der Verleiher die ausländischen Arbeitnehmer darauf hin, dass sie verpflichtet sind, für die Zeit des Einsatzes ständig einen Reisepass/Personalausweis sowie die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu Kontrollzwecken mitzuführen.

§ 9 Besondere Pflichten der Parteien

(1) Der Entleiher ist verpflichtet, den entliehenen Arbeitnehmer vor der Arbeitsaufnahme über die in seinem Betrieb und dem jeweiligen Arbeitsplatz geltenden Unfallverhütungsvorschriften zu unterrichten, insbesondere aber dem Arbeitnehmer die für die Ausübung der jeweiligen Tätigkeit vorgeschriebene Sicherheitsausrüstung und Schutzkleidung zur Verfügung zu stellen. Hier nicht umfasst sind persönliche Schutzausrüstungen (PSA), diese werden vom Verleiher gestellt. Hierzu gehören auch Arbeitsschuhe für Arbeitnehmer.

(2) Die Arbeitnehmer sind durch den Verleiher bei der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft versichert. Arbeitsunfälle werden vom Entleiher unverzüglich an den Verleiher sowie an die zuständige Berufsgenossenschaft gemeldet.

(3) Einrichtungen und Maßnahmen zur Sicherstellung einer wirksamen ersten Hilfe, Einrichtungen und Maßnahmen, die den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere den geltenden Unfallverhütungsvorschriften und den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entsprechen, werden durch den Entleiher gestellt.

(4) Der Entleiher darf die Arbeitnehmer nur entsprechend der angeforderten Kenntnisse einsetzen.

(5) Der Entleiher hat die zur Einhaltung dieser Vereinbarung notwendigen arbeitsplatzbezogenen Informationen und Daten dem Verleiher zu geben.

(6) Der Entleiher informiert den Verleiher unverzüglich, wenn ihm nach Offenlegung der personenbezogenen Daten, des zu überlassenden Arbeitnehmers, bekannt wird, dass dieser in den letzten sechs Monaten vor Beginn dieser Überlassung mit dem Entleiher in einem Arbeitsverhältnis gestanden hat.

Sofern (ggf. auch nur zeitweise) das gesetzliche Prinzip des „Equal Treatment“ gemäß des AÜG auf das Arbeitsverhältnis eines an den Entleiher überlassenen Arbeitnehmers Anwendung findet, wird der Entleiher dem Verleiher unverzüglich die wesentlichen Arbeits- und Entgeltbedingungen eines vergleichbaren Arbeitnehmers des Entleihers im Sinne des AÜG mitteilen.

Sofern (ggf. auch nur zeitweise) das gesetzliche Prinzip des „Equal Pay“ gemäß des AÜG auf das Arbeitsverhältnis eines an den Entleiher überlassenen Arbeitnehmers Anwendung findet, wird der Entleiher dem Verleiher unverzüglich die wesentlichen Arbeits- und Entgeltbedingungen eines vergleichbaren Arbeitnehmers des Entleihers im Sinne des AÜG mitteilen.

(7) Der Verleiher überprüft, vor der Versendung des Profils des zu überlassenden Arbeitnehmers an den Entleiher, ob dieser in den letzten drei Monaten vor Beginn dieser Überlassung bereits bei dem Entleiher eingesetzt war. Dem Verleiher obliegt als Masterfunktion die Überwachung der Überlassungszeiten der einzelnen Arbeitnehmer in Bezug auf die Höchstüberlassungsdauer. Der Entleiher sichert die Mitwirkung zur korrekten Berechnung des Einsatzzeitraumes zu.

(8) Zur Umsetzung der Pflichten aus § 9 Abs. (6) und (7) wird der Verleiher die Vorbeschäftigungszeiten sowie die Überlassungszeiten bei den zu überlassenden Arbeitnehmern erfragen und dem Entleiher das Ergebnis der jeweiligen Überprüfungen mitteilen, sofern sich dies auf die Überlassungszeiträume bzw. die Vergütung der Arbeitnehmer auswirkt.

§ 10 Schutz vor Benachteiligung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

(1) Soweit der Arbeitnehmer der Leitung, Aufsicht und insbesondere den Arbeitsanweisungen sowie den betrieblichen Regelungen des Entleihers unterfällt, obliegt auch dem Entleiher als Arbeitgeber im Sinne von § 6 Abs. 2 S. 2 AGG die Einhaltung der Rechtspflichten des AGG. Beide Vertragsparteien sind sich darin einig, dass sämtliche durch diesen Rahmenvertrag geregelte Sachverhalte benachteiligungsfrei geregelt werden.

(2) Sollte eine Partei schuldhaft einen Arbeitnehmer der anderen Partei benachteiligen, stellt die Partei die jeweils andere Partei von Ansprüchen Dritter, insbesondere solchen des benachteiligten Arbeitnehmers, im Innen- und soweit rechtlich möglich bereits im Außenverhältnis frei.

§ 11 Geheimhaltung

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich, alle ihnen bei der Vertragsdurchführung von dem jeweils anderen Vertragspartner zugehenden oder bekanntwerdenden Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse oder als vertraulich bezeichnete Informationen geheim zu halten. Die Informationen und Unterlagen dürfen an der Vertragsdurchführung nicht beteiligten Dritten nicht zugänglich gemacht werden.

(2) Nicht von der Geheimhaltungspflicht umfasst sind Informationen und Unterlagen, die zum Zeitpunkt der Offenlegung allgemein bekannt und zugänglich oder dem empfangenden Vertragspartner zum Zeitpunkt der Offenlegung bereits bekannt waren oder ihm später von Dritten berechtigterweise zugänglich gemacht worden sind.

(3) Die Verpflichtung nach § 11 Abs. (1) dieses Rahmenvertrags gilt gegenüber jedem Dritten, soweit eine Mitteilung nicht im Interesse der jeweiligen Vertragspartei erforderlich oder geboten ist. Die Pflicht zur Verschwiegenheit erstreckt sich im rechtlich zulässigen Maß auch auf die Zeit nach der Beendigung der Arbeitnehmerüberlassung.

§ 12 Haftung

(1) Der Verleiher haftet in Bezug auf den überlassenen Arbeitnehmer nur für die rechtzeitige Bereitstellung und die ordnungsgemäße Auswahl eines für die Tätigkeit geeigneten und ausreichend qualifizierten Arbeitnehmers (– nachfolgend „Auswahlhaftung“ genannt –). Der Verleiher haftet nicht für Schäden, die ein Arbeitnehmer in Ausübung oder anlässlich seiner Tätigkeit verursacht; entsprechendes gilt, wenn der Arbeitnehmer seine Leistung nicht erbringt. Satz 3 gilt nicht, wenn der jeweilige Schaden auf ein Auswahlverschulden des Verleihers zurückzuführen ist.

(2) Für eine Verletzung der in § 12 Abs. (1) und/oder in einer Rahmenvereinbarung genannten oder sich kraft Gesetzes ergebenden Pflicht haftet der Verleiher nur, wenn der Verleiher, ein gesetzlicher Vertreter oder ein Erfüllungsgehilfe des Verleihers die Pflichtverletzung vorsätzlich oder grob fahrlässig begangen hat; eine verschuldensunabhängige Haftung ist ausgeschlossen. Im Falle von Verletzungen wesentlicher Vertragspflichten oder einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit wird auch für leichte Fahrlässigkeit gehaftet.

(3) Die Haftung des Verleihers ist beschränkt auf vorhersehbare und vertragstypische Schäden; diese Beschränkung gilt nicht, wenn der Verleiher, ein gesetzlicher Vertreter oder ein Erfüllungsgehilfe des Verleihers den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben oder der Schaden infolge der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten oder der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit entstanden ist.

(5) Der Verleiher haftet bei Überlassungsende für nicht retourniertes Eigentum des Entleihers.

§ 13 Haftung für Sozialversicherungsbeiträge / Sicherheitsleistung

(1) Mit Rücksicht auf die Haftung nach § 28e Abs. 2 SGB IV verpflichtet sich der Verleiher, auf Verlangen des Entleihers jederzeit mit einer Frist von 14 Tagen eine befristete Bankbürgschaft in geeigneter Höhe zur Absicherung etwaiger Ansprüche der Sozialversicherungsträger gegen den Entleiher abzuschließen.

(2) Wird der Entleiher gemäß § 28e Abs. 2 SGB IV von den Sozialversicherungsträgern in Anspruch genommen, so ist er berechtigt, die dem Verleiher geschuldete Vergütung in Höhe der von den Sozialversicherungsträgern geltend gemachten Forderung einzubehalten, bis die Beiträge ordnungsgemäß durch den Verleiher abgeführt wurden.

(3) Der Verleiher sichert zu, dass er dem Entleiher bei Vertragsabschluss unaufgefordert einen Nachweis über die Beitragsentrichtung an die Sozialversicherungsträger zu übermitteln (Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts, der Agentur für Arbeit, der Rentenversicherungsträger, der Krankenkasse und der Unfallversicherung). Der Entleiher ist jederzeit berechtigt solche Nachweise anzufordern.

§ 14 Streik / Aussperrung

Sollte aufgrund von Arbeitsk Kampfmaßnahmen im Betrieb des Entleiher s das Personal des Verleiher s nicht arbeiten können, so werden vom Entleiher diese Ausfallstunden vergütet. Der Arbeitnehmer ist für die Zeit eines Streiks, einer Aussperrung oder Betriebsstillegung nicht zur Arbeitsaufnahme verpflichtet. Das vom Verleiher überlassene Personal darf sich nicht an Arbeitsk Kampfmaßnahmen im Betrieb des Entleiher s beteiligen. Der Entleiher hat den Verleiher unverzüglich über in seinem Betrieb stattfindende Arbeitsk Kampfmaßnahmen zu unterrichten.

§ 15 Allgemeine Bestimmungen

(1) Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Alle Änderungen und zusätzliche Regelungen zu diesem Vertrag sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart wurden. Die gilt auch für Abreden, die diese Schriftform aufheben.

(2) Ist oder wird eine der Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam, bleibt der Vertrag im Übrigen unberührt. Die Vertragspartner werden an Stelle der unwirksamen Bestimmung eine Regelung vereinbaren, die dem ursprünglich angestrebten Zweck möglichst nahekommt.

(3) Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht. Gerichtsstand ist München.

§ 16 Datenschutz

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Übermittlung, Verarbeitung und Speicherung personenbezogener Daten die geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die DSGVO, einzuhalten. Personenbezogene Daten dürfen nur zum Zweck der Vertragsdurchführung verarbeitet werden.

(2) Der Verleiher und der Entleiher sind jeweils eigenständige Verantwortliche im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO in Bezug auf die personenbezogenen Daten der überlassenen Arbeitnehmer. Jeder Verantwortliche bestimmt eigenständig die Zwecke und Mittel der Verarbeitung der personenbezogenen Daten.

Anlage 1 - Kopie der unbefristeten Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis

Anlage 2 - Einzelarbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vertrag zur Arbeitnehmerüberlassung

Zwischen
der Firma GmbH

- Nachfolgend „**Verleiher**“ genannt -

und dem

Helmholtz Zentrum München
Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt (GmbH)
Ingolstädter Landstr. 1
85764 Neuherberg

vertreten durch die Geschäftsführer

- nachfolgend „**Entleiher**“ genannt -

- gemeinschaftlich nachfolgend auch „**Vertragspartner oder Parteien**“ genannt

Auf Grundlage und unter ausdrücklicher vertraglicher Einbeziehung des zwischen den Parteien bestehenden Rahmenvertrages über Arbeitnehmerüberlassung vom vereinbaren die Parteien die nachfolgend genannten Zeiträume der Arbeitnehmerüberlassung des nachfolgend genannten Zeitarbeitnehmers.

Auftragsnummer:

Mitarbeitername	Geburtsdatum	Tätigkeitsbeschreibung	Qualifikation	Std.-Satz	Beginn (Tag)	Ende (Tag)

Die Parteien bestätigen mit ihrer Unterschrift, dass die vorstehend genannten Einsätze nach ihrem übereinstimmenden Willen als rechtsverbindliche Vereinbarung einer Arbeitnehmerüberlassung der genannten Zeitarbeiter im Sinne der Bestimmungen des zwischen Ihnen bestehenden Rahmenvertrages gewollt waren.

....., den

Verleiher _____ Helmholtz Zentrum München GmbH